

No. 32773

**GERMANY
and
GEORGIA**

**Agreement concerning international road transport. Signed
at Bonn on 25 June 1993**

Authentic texts: German and Georgian.

Registered by Germany on 3 April 1996.

**ALLEMAGNE
et
GÉORGIE**

**Accord relatif au transport routier international. Signé à
Bonn le 25 juin 1993**

Textes authentiques : allemand et géorgien.

Enregistré par l'Allemagne le 3 avril 1996.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER REGIERUNG DER REPUBLIK GEORGIEN ÜBER DEN GRENZÜBERSCHREITENDEN STRASSENVERKEHR

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Georgien –

in dem Wunsch, den grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehr auf der Straße zu regeln und zu fördern –
haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Dieses Abkommen regelt die Beförderung von Personen und Gütern im grenzüberschreitenden Straßenverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Georgien im Transit durch diese Staaten durch Unternehmer, die im Hoheitsgebiet ihres Staates zur Ausführung dieser Beförderungen berechtigt sind.

Personenverkehr

Artikel 2

(1) Personenverkehr im Sinne dieses Abkommens ist die Beförderung von Personen und deren Gepäck mit Kraftomnibussen auf eigene Rechnung oder auf Rechnung Dritter. Das gilt auch für Leerfahrten im Zusammenhang mit diesen Verkehrsdiensten.

(2) Als Kraftomnibusse gelten Kraftfahrzeuge, die nach ihrer Bauart und Ausstattung zur Beförderung von mehr als neun Personen (einschließlich Fahrer) geeignet und bestimmt sind.

Artikel 3

(1) Linienverkehr ist die regelmäßige Beförderung von Personen in einer bestimmten Verkehrsverbindung nach im voraus festgelegten und veröffentlichten Fahrplänen, Beförderungsentgelten und Bedingungen, bei denen Fahrgäste an vorher festgelegten Haltestellen ein- und aussteigen können. Dies gilt auch für Verkehre, die im wesentlichen wie Linienverkehre durchgeführt werden.

(2) Linienverkehre im Wechsel- oder Transitverkehr bedürfen der Genehmigung der zuständigen Behörden beider Vertragsparteien. Die Genehmigung wird im gegenseitigen Einvernehmen nach Maßgabe des geltenden Rechts der jeweiligen Vertragspartei erteilt. Die Genehmigung kann für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren erteilt werden.

(3) Änderungen des Linienverlaufs, der Haltestellen, der Fahrpläne, der Beförderungsentgelte und -bedingungen bedürfen der vorherigen Zustimmung der zuständigen Behörden beider Vertragsparteien. Das gleiche gilt für die Einstellung des Betriebs.

(4) Anträge auf Einrichtung eines Linienverkehrs sowie Anträge gemäß Absatz 3 sind bei der zuständigen Behörde der Vertragspartei einzureichen, in deren Hoheitsgebiet das Unternehmen seinen Betriebssitz hat. Die Anträge sind mit einer Stellungnahme des Verkehrsministeriums dieser Vertragspartei dem Verkehrsministerium der anderen Vertragspartei unmittelbar zu übersenden.

(5) Die Anträge nach den Absätzen 3 und 4 müssen insbesondere folgende Angaben enthalten:

1. Name und Vorname oder Firma sowie vollständige Anschrift des antragstellenden Unternehmens;
2. Art des Verkehrs;
3. Beantragte Genehmigungsdauer;
4. Betriebszeitraum und Zahl der Fahrten (z. B. täglich, wöchentlich);
5. Fahrplan;
6. Genaue Linienführung (Haltestellen zum Aufnehmen und Absetzen der Fahrgäste/andere Haltestellen/Grenzübergangsstellen);
7. Länge der Linie in Kilometern: Hinfahrt/Rückfahrt;
8. Länge der Tagesfahrtstrecke;
9. Lenk- und Ruhezeiten der Fahrer;
10. Zahl der Sitzplätze der einzusetzenden Kraftomnibusse;
11. Beförderungsentgelte und -bedingungen (Tarife).

Artikel 4

(1) Pendelverkehr ist der Verkehrsdienst, bei dem vorab gebildete Gruppen von Fahrgästen bei mehreren Hin- und Rückfahrten

von demselben Ausgangsgebiet zu demselben Zielgebiet befördert werden. Diese Gruppen, die aus Fahrgästen bestehen, die die Hinfahrt zurückgelegt haben, werden bei einer späteren Fahrt zum Ausgangsort zurückgebracht. Unter Ausgangsgebiet und Zielgebiet sind der Ort des Reiseantritts und der Ort des Reiseziels sowie die in einem Umkreis von 50 km gelegenen Orte zu verstehen. Neben der Beförderungsleistung muß die Unterkunft der Reisegruppe mit oder ohne Verpflegung am Zielort und gegebenenfalls während der Reise eingeschlossen sein. Die erste Rückfahrt und die letzte Hinfahrt in der Reihe der Pendelfahrten müssen Leerfahrten sein.

(2) Die Zuordnung eines Verkehrsdienstes zum Pendelverkehr wird nicht dadurch berührt, daß mit Zustimmung der zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei oder der betreffenden Vertragsparteien Reisende abweichend von Absatz 1 die Rückfahrt mit einer anderen Gruppe vornehmen.

(3) Pendelverkehre bedürfen im Einzelfall der Genehmigung der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei. Der Antrag auf Erteilung einer Genehmigung ist unmittelbar an die zuständige Behörde der anderen Vertragspartei zu richten. Er soll 60 Tage vor Aufnahme des Verkehrs gestellt werden.

(4) Anträge auf Genehmigung eines Pendelverkehrs nach Absatz 3 müssen außer den Angaben nach Artikel 3 Absatz 5 noch die Reisedaten, Zahl der Fahrten und die Angaben über Ort und Hotels oder sonstige Einrichtungen, in denen die Fahrgäste während ihres Aufenthalts untergebracht werden sollen, sowie über die Dauer des Aufenthalts enthalten.

(5) Grundsätze über das Genehmigungsverfahren bei Pendelverkehren, Genehmigungsvordrucke und zuständige Behörden werden in der nach Artikel 14 gebildeten Gemischten Kommission abgestimmt.

(6) Bei Pendelverkehren im Sinne des Absatzes 1 führen die Unternehmen eine Fahrgastliste mit, die bei der Einreise in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei von deren Grenzbehörden abzustempeln ist.

Artikel 5

(1) Gelegenheitsverkehr ist der Verkehr, der nicht Linienverkehr im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 und auch nicht Pendelverkehr im Sinne von Artikel 4 ist.

(2) Gelegenheitsverkehre im Wechsel- oder Transitverkehr bedürfen keiner Genehmigung, wenn es sich handelt

a) um Fahrten, die mit einem Kraftfahrzeug durchgeführt werden, das auf der gesamten Fahrstrecke die gleiche Reisegruppe

befördert und sie an den Ausgangsort zurückbringt (Rundfahrten mit geschlossenen Türen),

oder

- b) um Verkehre, bei denen zur Hinfahrt Fahrgäste aufgenommen werden und bei denen die Rückfahrt eine Leerfahrt ist (Leerrückfahrten),

oder

- c) um Leereinfahrten, um eine Reisegruppe, die zuvor von demselben Unternehmen mit einem Verkehr nach Buchstabe b befördert worden ist, wieder aufzunehmen und an den Ausgangsort zurückzubringen.

(3) Bei Gelegenheitsverkehren dürfen unterwegs Fahrgäste weder aufgenommen noch abgesetzt werden, es sei denn, daß die zuständige Behörde der betreffenden Vertragspartei dies gestattet.

(4) Gelegenheitsverkehre, die nicht den Bestimmungen des Absatzes 2 entsprechen, bedürfen in jedem Fall der Genehmigung der zuständigen Behörde der jeweils anderen Vertragspartei. Der Antrag auf Erteilung einer Genehmigung ist unmittelbar an die zuständige Behörde der anderen Vertragspartei zu richten. Er soll mindestens sechs Wochen vor Aufnahme des Verkehrs gestellt werden.

(5) Die Anträge nach Absatz 4 müssen insbesondere folgende Angaben enthalten:

1. Name und Vorname oder Firma sowie vollständige Anschrift des Unternehmens sowie gegebenenfalls des Reiseveranstalters, der den Beförderungsauftrag erteilt hat;
2. Staat, in dem die Reisegruppe gebildet wird;
3. Ausgangs- und Zielort der Fahrt;
4. Fahrtstrecke mit Grenzübergangsstellen;
5. Daten der Hin- und Rückfahrt;
6. Lenk- und Ruhezeiten der Fahrer;
7. Amtliche Kennzeichen und Zahl der Sitzplätze der einzusetzenden Kraftomnibusse.

(6) Kontrolldokumente für genehmigungsfreie Gelegenheitsverkehre nach Absatz 2 werden in der nach Artikel 14 gebildeten Gemischten Kommission vereinbart.

Artikel 6

Nach Artikel 3 Absatz 2, Artikel 4 Absatz 3, Artikel 5 Absätze 3 und 4 erteilte Genehmigungen dürfen nur von dem Unternehmen genutzt werden, dem sie erteilt werden. Sie dürfen weder auf ein anderes Unternehmen übertragen werden noch, im Falle des Gelegenheitsverkehrs, für andere Kraftfahrzeuge als in der Genehmigung angegeben genutzt werden. Im Rahmen eines Linienverkehrs kann der Verkehrsunternehmer, dem die Genehmigung erteilt ist, Vertragsunternehmer beider Vertragsparteien einsetzen. Diese brauchen in der Genehmigung nicht genannt zu sein, müssen jedoch eine amtliche Ausfertigung dieser Genehmigung mit sich führen.

Güterverkehr

Artikel 7

Für Beförderungen im Straßengüterverkehr zwischen dem Hoheitsgebiet, in dem das verwendete Kraftfahrzeug zugelassen ist und dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei (Wechselerkehr) sowie im Transitverkehr durch das Hoheitsgebiet einer Vertragspartei ist eine Genehmigung der zuständigen Behörde dieser Vertragspartei erforderlich.

Artikel 8

(1) Die Genehmigung wird dem Unternehmer erteilt. Sie gilt nur für ihn selbst und ist nicht übertragbar.

(2) Eine Genehmigung ist erforderlich für jedes Lastkraftfahrzeug und für jede Zugmaschine. Sie gilt zugleich für den mitgeführten Anhänger oder Sattelanhänger unabhängig vom Ort seiner Zulassung.

(3) Eine Genehmigung gilt im Wechsel- und Transitverkehr für eine beliebige Anzahl von Fahrten während der in ihr bestimmten Zeit (Zeitgenehmigung) oder für jeweils eine oder mehrere Hin- und Rückfahrten in dem in der Genehmigung angegebenen Zeitraum (Fahrtgenehmigung).

(4) Beförderungen zwischen dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei und einem dritten Staat sind nur zulässig, wenn dabei das Hoheitsgebiet, in dem das Fahrzeug zugelassen ist, auf verkehrsüblichem Weg durchfahren wird oder hierfür besondere Genehmigungen erteilt werden.

(5) Die Genehmigung berechtigt nicht, Beförderungen von Gütern zwischen zwei im Hoheitsgebiet des anderen Staates liegenden Orten durchzuführen.

(6) Für den nach diesem Abkommen vorgesehenen Güterverkehr sind Frachtpapiere erforderlich, deren Form dem international üblichen Muster entsprechen muß.

Artikel 9

(1) Einer Genehmigung bedarf nicht die Beförderung von:

1. Gegenständen oder Material ausschließlich zur Werbung oder Unterrichtung im Wechsel- und Transitverkehr (z. B. Messe- und Ausstellungsgut);
2. Geräten und Zubehör zu oder von Theater-, Musik-, Film-, Sport- und Zirkusveranstaltungen sowie zu oder von Rundfunk-, Film- oder Fernsehaufnahmen im Wechsel- und Transitverkehr;
3. beschädigten Fahrzeugen (Rückführungen);
4. Leichen;
5. Medikamenten, medizinischen Geräten und Ausrüstungen sowie anderen zur Hilfeleistung in dringenden Notfällen (insbesondere bei Naturkatastrophen) bestimmten Gütern.

(2) Die nach Artikel 14 gebildete Gemischte Kommission kann weitere Beförderungen von der Genehmigungspflicht ausnehmen.

Artikel 10

(1) Die für Unternehmer der Republik Georgien erforderlichen Genehmigungen werden durch das Bundesministerium für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland erteilt und der zuständigen Stelle der Republik Georgien ausgegeben.

(2) Die für Unternehmer der Bundesrepublik Deutschland erforderlichen Genehmigungen werden durch das Verkehrsministerium der Republik Georgien erteilt und von dem Bundesministerium für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland oder von den von ihm beauftragten Behörden ausgegeben.

Artikel 11

(1) Die nach Artikel 14 gebildete Gemischte Kommission vereinbart unter Berücksichtigung des Außenhandels und des Transitverkehrs die erforderliche Anzahl der für jede Vertragspartei jährlich zur Verfügung stehenden Genehmigungen. Die vereinbarte Anzahl der Genehmigungen kann im Bedarfsfall nach Abstimmung beider Seiten geändert werden.

(2) Inhalt und Form der Genehmigungen werden von der Gemischten Kommission vereinbart.

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 12

Genehmigungen, Kontrolldokumente und die sonst erforderlichen Dokumente sind bei allen diesem Abkommen unterliegenden Fahrten vom Fahrer mitzuführen, auf Verlangen Vertretern der zuständigen Kontrollbehörden vorzuzeigen und zur Prüfung auszuhändigen.

Artikel 13

(1) Die Unternehmer sind verpflichtet, die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei geltenden Bestimmungen des Verkehrs- und Kraftfahrzeugrechts sowie die jeweils geltenden Zollbestimmungen einzuhalten.

(2) Bei schweren oder wiederholten Zuwiderhandlungen eines Unternehmers oder seines Fahrpersonals gegen das im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei geltende Recht und gegen die Bestimmungen dieses Abkommens treffen die zuständigen Behörden der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet das Kraftfahrzeug zugelassen ist, auf Ersuchen der zuständigen Behörde der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Zuwiderhandlung begangen wurde, eine der folgenden Maßnahmen:

- a) Aufforderung an den verantwortlichen Unternehmer, die geltenden Vorschriften einzuhalten (Verwarnung);
- b) vorübergehender Ausschluß vom Verkehr;
- c) Einstellung der Ausgabe von Genehmigungen an den verantwortlichen Unternehmer oder Entzug einer bereits erteilten Genehmigung für den Zeitraum, für den die zuständige Behörde der anderen Vertragspartei den Unternehmer vom Verkehr ausgeschlossen hat.

(3) Die Maßnahme nach Buchstabe b kann auch unmittelbar von der zuständigen Behörde der Vertragspartei ergriffen werden, in dessen Hoheitsgebiet die Zuwiderhandlung begangen worden ist.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien unterrichten einander nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts über die getroffenen Maßnahmen.

Artikel 14

Vertreter der Vertragsparteien bilden eine Gemischte Kommission; sie tritt auf Ersuchen einer Vertragspartei zusammen, um die ordnungsgemäße Durchführung dieses Abkommens zu gewährleisten. Falls erforderlich, erarbeitet die Gemischte Kommission unter Beteiligung anderer zuständiger Stellen Vorschläge zur

Anpassung dieses Abkommens an die Verkehrsentwicklung sowie an geänderte Rechtsvorschriften.

Artikel 15

Die Vertragsparteien teilen einander die zuständigen Behörden nach den Artikeln 3, 4, 5, 10 und 13 dieses Abkommens mit.

Artikel 16

Soweit auf Grund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen:

1. Die Nutzung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
2. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
3. Personenbezogene Daten dürfen ausschließlich an Strafverfolgungsbehörden übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.
4. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen nationalen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung der Daten vorzunehmen.
5. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Das Recht auf Auskunftserteilung richtet sich im übrigen nach nationalem Recht.
6. Die übermittelnde Stelle weist bei der Übermittlung auf die nach dem für sie geltenden Recht zu beachtenden Lösungsfristen hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten nach dem Wegfall der Erforderlichkeit zu löschen.

7. Die mit der Durchführung dieses Abkommens beauftragten Stellen der Vertragsparteien sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen und die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Artikel 17

Die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien aus ihren jeweiligen völkerrechtlichen Übereinkünften, darunter den Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus der Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft, werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

Artikel 18

(1) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

(2) Dieses Abkommen bleibt solange in Kraft, bis es von einer Vertragspartei schriftlich gekündigt wird. In diesem Falle tritt das Abkommen sechs Monate nach Eingang der Kündigung bei der anderen Vertragspartei außer Kraft.

Geschehen zu Bonn am 25. Juni 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und georgischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland:

KINKEL

M. CARSTENS

Für die Regierung
der Republik Georgien:

TSCHIKWAIDSE

[GEORGIAN TEXT — TEXTE GÉORGIEN]

შ ე თ ა ნ ხ მ ე ბ ა

გერმანიის ფედერაციული რესპუბლიკის მთავრობასა

და
საქართველოს რესპუბლიკის მთავრობას
შორის

საერთაშორისო საავტომობილო მიმოსვლის შესახებ

გერმანიის ფედერაციული რესპუბლიკის მთავრობა და საქართვე-
ლის რესპუბლიკის მთავრობა,

ხელმძღვანელობენ სურვილით, რომ დაარეგულირონ და განავი-
თარონ საერთაშორისო საავტომობილო მიმოსვლა.

შეთანხმდნენ შემდეგზე:

მ უ ხ ღ ი 1

ეს შეთანხმება არეგულირებს საერთაშორისო საავტომობილო მიმ-
ოსვლით გერმანიის ფედერაციულ რესპუბლიკასა და საქართველოს რესპ-
უბლიკას შორის მგზავრების გადაყვანასა და სატვირთო გადაზიდვე-
ბზე, აგრეთვე ტრანზიტით ამ ქვეყნების გავლით იმ გადაამზიდავების
მიერ, რომლებსაც უწლება აქვთ თავიანთი სახელმწიფოს ტერიტორიაზე
განახორციელონ ამგვარი გადაზიდვები.

მგზავრების გადაყვანა

მ უ ხ ღ ი 2

(1) მგზავრების გადაყვანა ამ შეთანხმებაში ნიშნავს ავტო-
ბუსებით მგზავრების გადაყვანას და მათი ბარგის გადატანას საკუ-
თარი ან მესამე პირების ხარჯით. შეთანხმება ასევე მოქმედებს
მგზავრების გარეშე გარბენებზე, რომლებიც ამგვარ გადაზიდვებთანაა
დაკავშირებული.

(2) ავტობუსად ითვლება ავტოსატრანსპორტო საშუალება, რომელიც კონსტრუქციისა და აღჭურვილობის სახეობის შესაბამისად ვარჯისია და განკუთვნილია არა ნაკლებ 9 ადამიანის გადასაყვანად (მძღვლის ჩათვლით).

მ უ ხ ლ ი 3

(1) რეგულარულ მიმოსვლად ითვლება დადგენილი მარშრუტის მიხედვით მგზავრების რეგულარული გადაყვანა, წინასწარ განსაზღვრული და გამოქვეყნებული მოძრაობის განრიგით, ტარიფებითა და გადაყვანის პირობებით, რომლის დროსაც მგზავრებს შეუძლიათ გაჩერების დადგენილ პუნქტებში ჩასხლომა და გადმოსვლა.

(2) ორმხრივი ან სატრანზიტო მიმოსვლისას რეგულარული გადაყვებისათვის საჭიროა მონაწილე მხარეების კომპეტენტური ორგანოების ნებართვა. ნებართვა გაიცემა ორმხრივი თანხმობის საფუძველზე ხელშეკრულების შესაბამისი მონაწილე მხარის სახელმწიფოში მოქმედი კანონმდებლობის თანახმად. ნებართვა გაიცემა ხუთი წლის ვადით. იგი ასევე მოქმედებს იმ მიმოსვლასთან დაკავშირებით, რომელიც ხორციელდება, როგორც რეგულარული მიმოსვლა.

(3) მარშრუტის, გაჩერების პუნქტების, მოძრაობის განრიგის, ტარიფებისა და გადაყვანის პირობების შეცვლა მოითხოვს წინასწარ შეთანხმებას შესაბამისი მონაწილე მხარის კომპეტენტურ ორგანოებთან. ეს ასევე მოქმედებს მიმოსვლის შეწყვეტასთან დაკავშირებით.

(4) განაცხადები რეგულარული მიმოსვლის გახსნაზე, აგრეთვე განაცხადები მე-3 აბზაცის შესაბამისად, წარედგინება იმ მონაწილე მხარის კომპეტენტურ ორგანოს, რომლის ტერიტორიაზეც გადამზიდავს აქვს თავისი ადგილსამყოფელი. განაცხადები, ამავე მონაწილე მხარის ტრანსპორტის სამინისტროს თვალსაზრისითან ერთად, ეგზავნება უშუალოდ მეორე მონაწილე მხარის ტრანსპორტის სამინისტროს.

(5) განაცხადები მე-3 და მე-4 პუნქტების თანახმად უნდა შეიცავდნენ, კერძოდ, შემდეგ მონაცემებს:

1. გადამზიდავის გვარი და სახელი ან ფირმის დასახელება, აგრეთვე მისი ზუსტი მისამართი;

2. მიმოსვლის სახეობა;

3. მოქმედების დანიშნული ვადა;
4. ექსპლუატაციის პერიოდი და რეისების რიცხვი (მაგ. ყოველ-
დღიური, ყოველკვირეული);
5. მოძრაობის ვანრიგი;
6. ზუსტი მარშრუტი (გაჩერების პუნქტები მგზავრობა ჩასხლომი-
სა და გადმოსვლისათვის / გაჩერების სხვა პუნქტები / საზღვრის
ვადაკვეთის პუნქტები);
7. ხაზის სიგრძე კილომეტრებში : რეისი იქით / რეისი უკან;
8. დღიური მონაკვეთის სიგრძე;
9. მძღოლის საქესთან ყოფნისა და დასვენების პერიოდები;
10. საექსპლუატაციო ავტობუსების საჯლოში ადგილების რაოდენ-
ობა;
11. გადაყვანის ღირებულება და პირობები (ტარიფები).

მ უ ხ ლ ი 4

(1) ქანქარისებურად ითვლება მიმოსვლა, რომლის დროსაც წინასწარ ფორმირებული მგზავრობა ჯგუფი რამდენიმე რეისით გადაიყვანება პირდაპირი და უკუმიმართულებით გამგზავრების ერთი და იგივე რეგიონიდან დანიშნულების ერთიანი გზით რეგიონამდე. ეს ჯგუფები, შემდგარი იმ მგზავრებისაგან, რომლებმაც განახორციელეს რეისი პირდაპირი მიმართულებით, უკან გადაიყვანებიან გამგზავრების ადგილზე ერთ-ერთი მომდევნო რეისით. გამგზავრების რეგიონისა და დანიშნულების რეგიონის მცნებების ქვეშ იგულისხმება მგზავრობის საწყისი პუნქტი და დანიშნულების პუნქტი, ასევე პუნქტები, რომლებიც განლაგებული არიან 50 კმ. რადიუსის მქონე წრეში. გადაყვანის მომსახურებასთან ერთად გადაყვანაში ჩართული უნდა იყოს მგზავრობა ჯგუფების განთავსება კვებით ან მის გარეშე დანიშნულების პუნქტებში და აუცილებლობის შემთხვევაში თვით გადაყვანის დროსაც. პირველი რეისი უკუმიმართულებით და ბოლო რეისი პირდაპირი მიმართულებით უნდა შესრულდეს მგზავრების გარეშე.

(2) იმ შემთხვევაში, თუ მგზავრები, 1-ლი პუნქტში აღნიშნული პირობებისგან განსხვავებით, ასრულებენ რეისს უკუმიმართულებით სხვა ჯგუფის შემადგენლობაში შესაბამისი მონაწილე მხარის ან შესაბამისი მონაწილე მხარეების კომპეტენტური ორგანოების ნებართვით, მაიისა ან მოქმედებს იმის განსაზღვრაზე, წარმოადგენს თუ არა მიმოსვლა ქანქარისებურს.

(3) ქანქარისებური მიმოსვლის შესრულებისათვის ყოველ კონკრეტულ შემთხვევაში საჭიროა ხელშეკრულების მონაწილე მეორე მხარის კომპეტენტური ორგანოს ნებართვა. განაცხადი ნებართვის გაცემაზე საჭიროა უშუალოდ წარედგინოს ხელშეკრულების მეორე მონაწილე მხარის კომპეტენტურ ორგანოს მიმოსვლის გახსნამდე 60 დღით ადრე.

(4) მე-3 მუხლის მე-5 პუნქტში მოყვანილ მონაცემებთან ერთად ქანქარისებურ მიმოსვლაზე ნებართვის გაცემის განაცხადი მე-3 პუნქტის თანახმად უნდა შეიცავდეს რეისების შესრულების თარიღებს, რეისების რაოდენობას და მონაცემებს პუნქტის(ების) და სასტუმროების ან სხვა ობიექტების შესახებ, რომლებშიც უნდა განთავსდნენ მგზავრები მათი იქ ყოფნის პერიოდში, ასევე იქ ყოფნის ხანგრძლივობის შესახებ.

(5) მხარეების მიერ მე-14 მუხლის თანახმად ჩამოყალიბებული შერეული კომისია შეათანხმებს ქანქარისებური გადაყვანების შესრულებაზე ნებართვების გაცემის პროცედურების პრინციპებს, ნებართვების ფორმულიარებს, ასევე კომპეტენტურ ორგანოებს.

(6) პირველი პუნქტის შესაბამისად ქანქარისებული გადაზიდვის შესრულებისას გადამზიდავებმა თან უნდა იქონიონ მგზავრების სია, რომელზეც ხელშეკრულების მონაწილე მეორე მხარის ტერიტორიაზე შესვლისას სასაზღვრო სამსახურები ასახავენ თავიანთ ბეჭედს.

მ უ ხ ლ ი 5

(1) არარეგულარულად ითვლება მიმოსვლა, რომელიც არ არის არც რეგულარული მე-3 მუხლის 1-ლი პუნქტის და არც ქანქარისებური მე-4 მუხლის მიხედვით.

(2) არარეგულარული გადაყვანები ორმხრივი ან ტრანზიტული მიმოსვლისას არ საჭიროებს ნებართვას იმ შემთხვევაში, თუ საკითხი ეხება:

ა) რეისებს, განხორციელებულს იმ ავტოსაგრანსპორტო საშუალებით, რომელსაც გადაყავს მგზავრთა ერთი და იგივე ჯგუფი მთელი მარშრუტის განმავლობაში მათი გამგზავრების საწყის პუნქტში მიკვანიით (წიოული რეისები დახურული კარებით.)

ბ) მიმოსვლას, რომლის ღრისაყ მგზავრობა პირდაპირი მიმართულებით სრულდება მგზავრების ჩასხლომიო, ხოლო მგზავრობა უკუმიმართულებით მგზავრების გარეშე, ან

გ) ავტოსატრანსპორტო საშუალების შესვლას მგზავრების გარეშე, იმავე გადამზიდავის მიერ აღრე გადაყვანილი მგზავრების ჩასხლომისა და გამგზავრების პუნქტში მათი უკან გადაყვანის მიზნით.

(3) არარეგულარული გადაყვანისას აკრძალულია მგზავრების ჩასხლომა ან გადმოსვლა, იმ შემთხვევების გარდა, როდესაყ შესაბამისი მონაწილე მხარის კომპეტენტური ორგანო აძლეეს ამის ნებართვას.

(4) არარეგულარული მიმოსვლა, რომელიც არ შეესაბამება მე-2 პუნქტში მოყემულ პირობებს, ყველა შემთხვევაში საჭიროებს მეორე მონაწილე მხარის კომპეტენტური ორგანოს ნებართვას. განყხადება ნებართვის გაყემაზე აუყილებლად უნდა გაეგზავნოს უშუალოდ მეორე მონაწილე მხარის კომპეტენტურ ორგანოს არაუგვიანეს ექვსი კვირისა მიმოსვლის გახსნამდე.

(5) განაყხადები მე-4 პუნქტის თანახმად უნდა შეიყავდეს შემდეგ მონაყემებს:

1. გადამზიდავის გვარი და სახელი ან ფირმის დასახელება, აგრეთვე მისი ზუსტი მისამართი, ასევე აუყილებლობის შემთხვევაში ტურის ორგანიზატორის დასახელება, რომელმაც მისყა სატრანსპორტო დავალება;

2. სახელმწიფო, რომელშიც ყალიბდება მგზავრების ჯგუფი;

3. რეისის საწყისი და დანიშნულების პუნქტები;

4. სვლაგეზი, საზღვრის გადაკვეთის პუნქტების ჩვენებით;

5. პირდაპირი და უკუმიმართულებით მგზავრობის თარიღები;

6. მძლოის საქესთან ყოფნისა და დასვენების პერიოდები;

7. საექსპლუატაციო ავტობუსებში დასაჯლომი ადგილების რაოდენობა, სარეგისტრაციო და განმასხვავებელი ნიშნები.

(6) საკონტროლო დოკუმენტები არარეგულარული მიმოსვლისათვის, რომლებიც მე-2 პუნქტის თანახმად არ საჭიროებს ნებართვებს შეთანხმებული უნდა იქნეს მე-14 პუნქტის შესაბამისად დადუძნებული შერეული კომისიის ფარგლებში.

მ უ ხ ლ ი 6

ნებართვებით, რომლებიც გაცემულია მე-3 მუხლის მე-2 პუნქტის, მე-4 მუხლის მე-3 პუნქტის, მე-5 მუხლის მე-3 და მე-4 პუნქტის შესაბამისად, უფლება აქვთ ისარგებლონ იმ გადამზიდავებმა, ვისზეც ისინი არიან გაცემული. მათი სხვა გადამზიდავზე გადაცემა აკრძალულია. არარეგულარული მიმოსვლის შემთხვევაში აკრძალულია მათი გამოყენება იმ ავტოსატრანსპორტო საშუალებებზე, რომლებიც არ არიან აღნიშნული ნებართვაში.

რეგულარული გადაზიდვების ფარგლებში, გადამზიდავს, რომელსაც გაცემულია ნებართვა ხელშეკრულების საფუძველზე შეუძლია ისარგებლოს ორივე მონაწილე მხარის გადამზიდავებით, მათ არ ესაჭიროებათ ნებართვაში მითითება, მაგრამ უნდა ჰქონდეთ ამ ნებართვის დამოწმებული ასლი.

სატვირთო მიმოსვლა

მ უ ხ ლ ი 7

ხელშეკრულების იმ მონაწილე მხარეს, სადაც რეგისტრირებულია საექსპლუატაციო ავტოსატრანსპორტო საშუალება, და მეორე მონაწილე მხარეს შორის გადაზიდვების განხორციელებისათვის (ორმხრივი მიმოსვლა), ასევე ტრანზიტით მეორე მონაწილე მხარის ტერიტორიის გადაკვეთისას სატვირთო საავტომობილო მიმოსვლის ფარგლებში აუცილებელია ამ მონაწილე მხარის ნებართვა.

მ უ ხ ლ ი 8

(1) ნებართვა ეძლევა გადამზიდავს. ის ძალაშია მხოლოდ მისთვის და მისი სხვაზე გადაცემა აკრძალულია.

(2) ნებართვა აუცილებელია თითოეულ სატრანსპორტო საშუალებაზე და თითოეულ საწევარზე. იგი ძალაშია ერთდროულად მის მიერ ბუქსირებული მისაბმელისათვის ან ნახევარმისაბმელისათვის მისი რეგისტრაციის ადგილისაგან დამოუკიდებლად.

(3) ორმხრივი ან ტრანზიტული მიმოსვლის ღრის ერთი ნებართვა ძალაშია ჩვესების ნებისმიერი რიცხვისათვის დადგენილი პერიოდის განმავლობაში (ღრობითი ნებართვა) ან ერთი ან ჩამდენიმე ჩვისისათვის პირდაპირი და უკუმიმართლებით ნებართვაში მითითებული პერიოდის განმავლობაში (სარეისო ნებართვა).

(4) გადაზიდვა მეორე მონაწილე მხარესა და მესამე სახელმწიფოს შორის ნებადართულია მხოლოდ იმ შემთხვევაში, თუ გადაზიდვა ხორციელდება ჩვეულებრივი სამოძრაო გზით იმ ტერიტორიაზე, სადაც ჩვესიტორიებულია ავტოსატრანსპორტო საშუალება, ან თუ ამის შესახებ გაყემულია ვანსაკუთრებული ნებართვა.

(5) ნებართვა არ იძლევა გადაზიდვების შესრულების უფლებას მეორე სახელმწიფოს ტერიტორიაზე განლაგებულ ორ პუნქტს შორის.

(6) ამ შეთანხმებით გათვალისწინებული სატვირთო მიმოსვლისათვის აუცილებელია გადაზიდვების დოკუმენტები, რომელთა ფორმა უნდა შეესაბამებოდეს იმ ნიმუშს, რომელიც მიღებულია საერთაშორისო მასშტაბით.

მ უ ხ ლ ი 9

(1) ნებართვას ან საჭიროებს გადაზიდვები:

1. იმ საგნებისა და მასალებისა, რომლებიც განკუთვნილი არიან რეკლამისათვის ან სწავლებისათვის (მაგალითად, ტვირთები გამოფენებისა და ბაზრობებისათვის), რომლებიც მიემართებიან ორმხრივი და ტრანზიტული მიმოსვლით;

2. ტვირთისა და აღჭურვილობისა, რომლებიც განკუთვნილია თეატრალური, მუსიკალური, კინო- და საყირკო წარმოდგენებისათვის, მათი ჩატარების აღვილიდან ან აღვილამდე, აგრეთვე რადიოგადაცემების, კინოგადაღებების ან ტელეგადაცემების ჩატარების აღვილამდე ან აღვილიდან, რომლებიც მიემართებიან ორმხრივი და ტრანზიტული მიმოსვლით;

3. დაზიანებული ავტოსატრანსპორტო საშუალებებისა (უკან გადატანა);

4. მიყვადებულების;

5. შედეგამეტყვის, სამელიცინო ინსტრუმენტებისა და მიწყო-ბილობების აგრეთვე საგანგებო სიტუაციებში დახმარების აღმოჩენი-სათვის განკუთვნილი ტვიროების (კერძოდ, სტიქიური უბედურების შემთხვევაში).

(2) შერეულ კომისიას, მე-14 მუხლის თანახმად, შეუძლია გაა-თავისუფლოს ნებართვის მიღების ვალდებულებისაგან სხვა სახის გა-დაზიდვებიც.

მ უ ხ ლ ი 10

(1) ნებართვას, რომელიც აუცილებელია გერმანიის ფედერაციული რესპუბლიკის გადამზიდვებისათვის, იძლევა საქართველოს რესპუბლი-კის ტრანსპორტის სამინისტრო და გასცემს გერმანიის ფედერაციული რესპუბლიკის ტრანსპორტის ფედერალური სამინისტრო ან მის მიერ უწ-ღებამოსილი უწყებები.

(2) ნებართვას, რომელიც აუცილებელია საქართველოს რესპუბლი-კის გადამზიდვებისათვის, იძლევა გერმანიის ფედერაციული რესპუბ-ლიკის ტრანსპორტის ფედერალური სამინისტრო და გასცემს საქაროვე-ლის რესპუბლიკის კომპეტენტური ორგანოები.

მ უ ხ ლ ი 11

(1) შერეული კომისია მე-14 მუხლის თანახმად ათანხმებს თით-ოეული მონაწილე მხარისათვის ყოველწლიურად გასაცემი ნებართვების აუცილებელ რაოდენობას, საგარეო ვაჭრობისა და სატრანზიტო მიმოსვ-ლის გათვალსწინებით.

აუცილებლობის შემთხვევაში ნებართვების შეთანხმებული რაოდე-ნობა შეიძლება შეიცვალოს მხარეების შეთანხმების საფუძველზე.

(2) ნებართვის შინაარსი და ფორმა შეთანხმებული იქნება შერ-ეულ კომისიასთან.

ეროზიული გადაწყვეტილებანი

მ უ ს ლ ი 12.

ნებართვები, საკონტროლო ან გადაზიდვებისათვის საჭირო სხვა დოკუმენტები მძღოლთან უნდა იყოს ყველა იმ მგზავრობის დროს, რომელიც ამ შეთანხმებას ექვემდებარება და შემოწმების მიზნით წარედგინება კომპეტენტური მაკონტროლირებელი ორგანოების წამომადგენლებს მათი მოთხოვნით.

მ უ ს ლ ი 13

(1) გადამზიდავები ვალდებული არიან დაიცვან შეთანხმების მეორე მხარის მოქმედი კანონმდებლობა, რომელიც შეეხება მოძრაობას და ავტოსატრანსპორტო საშუალებებს, ავრთვებზე იქ მოქმედი საბაჟო განაწესი.

(2) გადამზიდავის ან მისი მძღოლების მიერ შეთანხმების მეორე მონაწილე მხარის ტერიტორიაზე მოქმედი კანონმდებლობისა და ამ შეთანხმების დებულებების სერიოზული ან განმეორებით დარღვევის შემთხვევაში იმ მეორე მხარის კომპეტენტური ორგანოები, რომლის ტერიტორიაზეც დაშვებულია ავტოსატრანსპორტო საშუალება, იმ მონაწილე მხარის კომპეტენტურმა ორგანოებმა თხოვნით, სადაც დარღვევას ჰქონდა ადგილი, გაატარებს ერთ-ერთ შემდეგ ღონისძიებას:

ა) მიმართავს შესაბამის გადამზიდავს მოწოდებით, რომ დაიცვას მოქმედი წესები (გაფრთხილება);

ბ) დროებით გამოიციხავს მას მოძრაობიდან;

გ) შესაბამის გადამზიდავს შეუწყვეტს ნებართვის გაცემას, ან გააუქმებს უკვე გაცემულ ნებართვას იმ ვადით, რომლითაც მეორე მონაწილე მხარის კომპეტენტურმა ორგანომ შეაჩერა გადამზიდავის მოძრაობა.

(3) (ბ) ქვეპუნქტში აღნიშნული ღონისძიება შეიძლება გაატაროს იმ მონაწილე მხარის კომპეტენტურმა ორგანომ, რომლის ტერიტორიაზეც დარღვევას ჰქონდა ადგილი.

(4) შეთანხმების ორივე მონაწილე მხარის სახელმწიფოს კომპეტენტური ორგანოები შეატყობინებენ ერთმანეთს მიღებული ზომების შესახებ თავიანთი შიდასახელმწიფოებრივი კანონმდებლობის შესაბამისად.

მ უ ხ ლ ი 14

შეთანხმების მონაწილე მხარეების წარმომადგენლები აცხადებენ შერეულ კომისიას, რომელიც შეიქმნება შეთანხმების ერთ-ერთი მონაწილე მხარის თხოვნით იმისათვის, რომ უზრუნველყოს ამ შეთანხმების სათანადო შესრულება აუცილებლობის შემთხვევაში შერეული კომისია სხვა კომპეტენტურ ორგანოების მონაწილეობით შეიმუშავებს წინადადებებს ტრანსპორტის სფეროს განვითარებასთან და სამართლებრივი ნორმების ცვლილებებთან ამ შეთანხმების შესაბამისობაში მოყვანის შესახებ.

მ უ ხ ლ ი 15

შეთანხმების მონაწილე მხარეები შეატყობინებენ ერთმანეთს მე-3, მე-4, მე-5, მე-10, მე-11 და მე-13 მუხლებში აღნიშნული კომპეტენტური ორგანოების შესახებ.

მ უ ხ ლ ი 16

თუ ცნობებ, ფიზიკური პირების შესახებ გადაიყვება ამ შეთანხმების საფუძველზე შიდასახელმწიფოებრივი სამართლის თანახმად, მოქმედებს შემდეგი დებულებები:

1. მიმღებს შეუძლია გამოიყენოს ეს ცნობები ფიზიკური პირების შესახებ მხოლოდ აღნიშნული მიზნით და მათი გადამცემა ორგანოს მიერ განსაზღვრულ პირობებში;
2. მოთხოვნის მიხედვით მიმღები აცხადებს გადაცემ ორგანოს მათი გამოყენებისა და მიღწეული შედეგების შესახებ;
3. ცნობები ფიზიკური პირების შესახებ შეიძლება გადაეცეს მხოლოდ სასამართლო ორგანოებს. შემდგომი გადაცემა სხვა ორგანოებისათვის ნებადართულია მხოლოდ ამ ცნობების გადამცემა ორგანოს წინასწარი თანხმობით;

4. გადამცემი ორგანო ვალდებულია ოვალეური აღევნოს გადასაცემი ცნობების სისწორეს, აგრეთვე მათი გადაცემის აუცილებლობას და აღნიშნულ მიზანთან შესაბამისობას. ამასთან დაკავშირებით უნდა იყოს ის აკრძალვები ფიზიკურ პირების შესახებ ცნობების გადაცემის თაობაზე, რომლებიც მოქმედებენ შეთანხმების მონაწილე მხარეების თითოეული ქვეყნის შინაგანი კანონმდებლობის შესაბამისად. თუ გაიჩნდება, რომ გადაცემული არასწორი ან აკრძალული ცნობები, შიშის ამის შესახებ დაუყოვნებლივ უნდა ეცნობოს მიმღებს, რომელიც ვალდებულია შეისწოროს ან გაანადგუროს ცნობები.

5. შესაბამის პირს, მისი თხოვნით, ეძლევა ინფორმაცია მის შესახებ არსებული ცნობების თაობაზე, აგრეთვე ინფორმაცია მათი გამოყენების მიზნების შესახებ. ინფორმაცია შეიძლება არ გაიცეს, თუ აღმოჩნდება, რომ სახელმწიფოს ინტერესები ინფორმაციის გაცემის შემთხვევაში უარის თქმის ღრის აღემატება შესაბამისი პირის ინტერესებს. შესაბამისი პირის უფლება, დაკავშირებული ასეთ ინფორმაციასთან, განისაზღვრება ქვეყნის შინაგანი კანონმდებლობით.

6. ინფორმაციის გადაცემისას გადამცემი ორგანო შინაგანი კანონმდებლობის შესაბამისად მიუთითებს მათი შენახვის ვადებს, რომელიც გასვლის შემდეგ ცნობები განადგურებულ უნდა იქნეს. ამ ვადებისაგან დაპოუცილებლად გადაცემული ცნობები ფიზიკური პირების შესახებ ექვემდებარება განადგურებას მას შემდეგ, რაც ისინი აღარ იქნებიან აუცილებელი.

7. მონაწილე მხარეების ორგანოები, რომლებიც უზრუნველყოფენ ამ შეთანხმების შესრულებას ვალდებული არიან ლოკუმენტაღწერად და აფიქსირონ გადაცემა და მიღება ცნობებისა, რომლებიც ფიზიკურ პირებს ეხება, დაიცვან ფიზიკური პირების შესახებ ცნობების გადაცემა არამართაწიმიერი ხელყოფისაგან, მათში ცვლილებების შეტანისა და აგრეთვე გამოქვეყნებისაგან.

მ უ ხ ლ ი 17

ამ შეთანხმების უფლებები და ვალდებულებები არ ეხება შეთანხმების მონაწილე მხარეების იმ უფლებებსა და ვალდებულებებს, რომლებიც გამომდინარეობს მათ მიერ დადებული საერთაშორისო ხელშეკრულებებიდან, მათ შორის გერმანიის ფედერაციული რესპუბლიკის ვალდებულებებიდან, გამომდინარე მისი ევროგაერთიანების წევრობიდან.

მ უ ხ ლ ი 18

(1) ეს შეთანხმება ძალაში შედის იმ დღიდან ერთი თვის გასვლის შემდეგ, როდესაც შეთანხმების მონაწილე მხარეები ნოტებით შეატყობინებენ ერთმანეთს, რომ შესრულებულია შიდასახელმწიფოებრივი წინაპირობები ამ შეთანხმების ძალაში შესასვლელად.

(2) შეთანხმება მოქმედებს იმ დრომდე, სანამ ვრცელ-ერთი მონაწილე მხარე წერილობით არ შეატყობინებს მეორეს თავისი სურვილის შესახებ შეწყვიტოს მისი მოქმედება. ამ შემთხვევაში შეთანხმება წყვეტს თავის მოქმედებას შეთანხმების მეორე მონაწილე მხარეს მიერ მისი ღარღვევის შესახებ შეტყობინების მიღებიდან 6 თვის შემდეგ.

შესრულებულია ქ. ბონში 1993 წლის 25 ივნისს ორ ეგზემპლარად, გერმანულ და ქართულ ენებზე, ამასთან ორივე ტექსტს აქვს ერთნაირი ძალა.

გერმანიის ფედერაციული რესპუბლიკის
მოაწილის სახელით:

საქართველოს რესპუბლიკის
მოაწილის სახელით:




M. Larrous

[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT¹ BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF GEORGIA ON INTERNATIONAL ROAD TRANSPORT

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Georgia,

Desiring to regulate and encourage the international transport of passengers and goods by road, have agreed as follows:

Article 1

This Agreement regulates the carriage of passengers and goods in international road transport between the Federal Republic of Germany and the Republic of Georgia, and in transit through these States by carriers who are entitled to effect such carriage in the territory of their own country.

PASSENGER TRANSPORT

Article 2

1. For the purposes of this Agreement, passenger transport means the carriage of passengers and their luggage by motor coaches at their own expense or at the expense of third parties, and also covers journeys made unladen in connection with such transport services.

2. Motor coaches means motor vehicles which, by their design and equipment, are suitable and intended to carry more than nine persons (including the driver).

Article 3

1. Regular line traffic means the regular carriage of passengers along a specified route in accordance with timetables, fares and conditions laid down and published in advance, in which passengers may board and alight at stopping places specified in advance, and also covers transport operations that are performed essentially like regular line traffic.

2. Regular line traffic involving bilateral or transit transport requires a permit issued by the competent authorities of the two Contracting Parties. The permit shall be granted by mutual agreement in accordance with the applicable law of the Contracting Party concerned, and may be granted for up to five years.

3. Changes in the route, the stopping points, the timetables, the fares and the conditions shall require the prior authorization of the competent authorities of both Contracting Parties, as shall a suspension of operations.

¹ Came into force on 7 April 1994, i.e., one month after the date on which the Contracting Parties had informed each other (on 7 March 1994) of the completion of the national requirements, in accordance with article 18 (1).

4. Applications to establish a regular line traffic operation and applications in accordance with paragraph 3 shall be submitted to the competent authority of the Contracting Party in whose territory the carrier has his business headquarters. The applications shall be transmitted, together with comments by the Ministry of Transport of that Contracting Party, direct to the Ministry of Transport of the other Contracting Party.

5. The applications referred to in paragraphs 3 and 4 must contain the following information, *inter alia*:

1. Family name and first name, or company name, and full address of the carrier making the application;
2. Type of transport;
3. Duration of authorization applied for;
4. Operating period and number of journeys (e.g., daily, weekly);
5. Timetable;
6. Precise details of the route (stopping places for picking up and discharging passengers/other stopping points/border-crossing points);
7. Length of the route in kilometres: outward journey/return;
8. Distance to be driven in one day;
9. Driving times and rest times of the drivers;
10. Number of seats in the motor coaches to be used;
11. Fares and conditions of carriage (rates).

Article 4

1. Shuttle transport means a transport service in which groups of passengers formed in advance are carried on several outward and return journeys from the same departure area to the same destination area. These groups, consisting of passengers who have already completed the outward journey, are brought back to their point of departure on a later journey. The departure area and destination area shall be considered to be the location where the journey starts and the location where it ends, as well as locations within a radius of 50 km thereof. In addition to the carriage, the accommodation of the group, including or excluding meals, must be included at the destination and, where appropriate, during the journey. The first return journey and the last outward journey in the series of shuttle journeys must be performed with the coach unladen.

2. The classification of a transport operation as shuttle transport shall not be affected by the fact that, with the approval of the competent authorities of the Contracting Party concerned or of both Contracting Parties, notwithstanding paragraph 1, passengers may make the return journey with a different group.

3. Shuttle transport operations require in each case a permit issued by the competent authority of the other Contracting Party. The application for a permit shall be addressed direct to the competent authority of the other Contracting Party, and must be made 60 days before transport begins.

4. Permit applications for a shuttle transport operation as described in paragraph 3 must contain not only the information described in article 3, paragraph 5, but also the travel dates, the number of journeys and information on the location and

hotels or other facilities in which the passengers will be accommodated during their stay and on the duration of their stay.

5. The principles governing the issue of permits for shuttle transport operations, model permits and the identity of the competent authorities shall be determined in the Joint Commission established in accordance with article 14.

6. In the case of the shuttle transport operations referred to in paragraph 1, the carriers shall carry with them a list of passengers, which shall be stamped by the border authorities of the other Contracting Party at the time of entry into the territory of that Party.

Article 5

1. Occasional transport means transport which is not regular line transport as described in article 3, paragraph 1, nor shuttle transport as described in article 4.

2. Occasional transport operations involving bilateral or transit transport shall not require a permit if they concern:

(a) Journeys performed with a single motor vehicle which carries the same travel party along the whole route and takes them back to their place of departure (closed-door circular tour); or

(b) Trips in which passengers are taken on for the outward journey and the return trip is made unladen (return trip unladen); or

(c) Unladen trips to pick up a travel group which had previously been carried by the same carrier in the manner described in subparagraph (b), and to return it to the place of departure.

3. In occasional transport operations, passengers may neither be taken on nor discharged en route, unless the competent authority of the Contracting Party concerned has so authorized.

4. Occasional transport operations which do not meet the requirements of paragraph 2 require in every case a permit issued by the competent authority of the other Contracting Party. The application for a permit shall be sent direct to the competent authority of the other Contracting Party, and must be made at least six weeks before transport begins.

5. The applications referred to in paragraph 4 must contain the following information, *inter alia*:

1. Family name and first name, or company name, and full address of the carrier and, where appropriate, of the tour operator who has placed the order for carriage;
2. State in which the travel group is formed;
3. Place of departure and destination of the journey;
4. Route to be travelled, with border-crossing points;
5. Dates of the outward and return journeys;
6. Driving times and rest times of the drivers;
7. Registration numbers and number of seats in the motor coaches to be used.

6. Control documents for permit-free occasional transport operations as described in paragraph 2 shall be agreed by the Joint Commission established in accordance with article 14.

Article 6

Permits issued in accordance with article 3, paragraph 2, article 4, paragraph 3, and article 5, paragraphs 3 and 4, may be used only by the carrier to whom they were issued. They may not be transferred to another carrier nor, in the case of occasional transport, be used for vehicles other than those stated in the permit. In regular line transport operations, the carrier to whom the permit has been issued may make use of contract carriers of either or both Contracting Parties. It is not necessary for the carriers to be named in the permit, but they must carry an official copy of the permit with them.

TRANSPORT OF GOODS

Article 7

The carriage of goods by road between the territory in which the vehicle used is registered and the territory of the other Contracting Party (bilateral transport) or transit transport through the territory of one Contracting Party requires a permit issued by the competent authority of that Contracting Party.

Article 8

1. The permit shall be issued to the carrier. It shall be valid only for the specific carrier, and shall not be transferable.

2. A permit is required for every lorry and for every tractor unit, and shall also cover the trailers or semi-trailers being towed, regardless of where the latter are registered.

3. In bilateral and transit transport operations, a permit shall be valid either for any number of journeys within the time specified therein (time permit) or for one or more outward and return journeys within the period of time stated therein (journey permit).

4. Carriage between the territory of the other Contracting Party and a third State shall be permitted only if the territory in which the vehicle is registered transits the country on the customary route or if specific permits have been issued for this purpose.

5. The permit shall not authorize the carriage of goods between two locations in the territory of the other State.

6. Any transport of goods under this Agreement shall require consignment documents, which shall conform to the internationally established standard.

Article 9

1. No permit shall be required for:
 1. Bilateral or transit carriage of objects or material exclusively for publicity or educational purposes (for example, goods intended for fairs or exhibitions);

2. Bilateral or transit carriage of equipment and accessories to or from theatrical, musical, film or sporting events or circuses, or to or from the making of radio or television broadcasts or films;
3. Return carriage of damaged vehicles;
4. Transport of human remains;
5. Carriage of medicines, medical equipment and devices and other goods intended to provide aid in emergencies, in particular in the event of natural disasters.
 2. The Joint Commission established in accordance with article 14 may exempt other types of carriage operations from the permit requirement.

Article 10

1. The permits required for carriers in the Republic of Georgia shall be issued by the Ministry of Transport of the Federal Republic of Germany and delivered by the competent authority in the Republic of Georgia.
2. The permits required for carriers in the Federal Republic of Germany shall be issued by the Ministry of Transport of the Republic of Georgia and delivered by the Ministry of Transport of the Federal Republic of Germany or by the authorities mandated by it.

Article 11

1. The Joint Commission established in accordance with article 14 shall determine the number of permits to be made available to each Contracting Party each year, taking into account external trade and transit transport operations. The agreed number of permits may, if necessary, be altered by agreement between the two sides.
2. The content and form of the permits shall be agreed by the Joint Commission.

GENERAL PROVISIONS

Article 12

Permits, control documents and other required documents shall be carried by the driver on all journeys covered by this Agreement, and, upon request, shall be displayed or surrendered for inspection to representatives of the competent control authorities.

Article 13

1. Carriers of one Contracting Party shall, when in the territory of the other Contracting Party, comply with the provisions of the traffic and vehicle laws in force in that other Party, and also with the customs regulations in force.
2. In the event of severe or repeated infringement of the laws in force in the territory of the other Contracting Party or of the provisions of this Agreement by a carrier or his personnel, the competent authorities of the Contracting Party in whose territory the motor vehicle is registered shall, at the request of the competent authority of the Contracting Party in whose territory the infringement occurred, take one of the following measures:

(a) Issue an instruction to the responsible carrier to observe the regulations in force (warning);

(b) Temporarily exclude the responsible carrier from transport operations;

(c) Suspend the issue of permits to the responsible carrier or withdraw a permit already issued for the period of time for which the competent authority of the other Contracting Party has excluded the carrier from transport operations.

3. The measure specified in subparagraph (b) may also be taken directly by the competent authority of the Contracting Party in whose territory the infringement was committed.

4. The competent authorities of the Contracting Parties shall inform one another of the measures taken, in accordance with their own national legislation.

Article 14

Representatives of the Contracting Parties shall establish a Joint Commission which shall meet at the request of one of the Contracting Parties in order to ensure the proper implementation of this Agreement. If required, the Joint Commission shall prepare, with the participation of other competent bodies, proposals for adapting this Agreement to the developments in traffic and to changed legal provisions.

Article 15

The Contracting Parties shall inform one another of the identity of the competent authorities referred to in articles 3, 4, 5, 10 and 13 of this Agreement.

Article 16

Where on the basis of this Agreement personal data are transmitted in accordance with a country's national legislation, the following provisions shall apply:

1. Use of the data by the recipient shall be permitted only for the purpose stated and under the conditions prescribed by the body transmitting it.

2. The recipient shall inform the transmitting body upon request of the use made of the data transmitted and of the results achieved thereby.

3. Personal data may be transmitted only to law enforcement agencies. Any onward transmittal to other bodies may be undertaken only with the prior approval of the transmitting body.

4. The transmitting body shall be obliged to ensure that the data to be transmitted are accurate and that the transmittal is necessary and in keeping with the purpose for which it is intended. In this context, any prohibitions on such transmittals applicable under relevant national legislation shall be complied with. If it becomes evident that incorrect data or data which should not have been transmitted have been transmitted, this fact shall be communicated to the recipient without delay, and the latter shall be obliged to correct or destroy the data.

5. The information which is available about a person and the use which is to be made thereof must be disclosed to that person upon request. The obligation to disclose information shall become void if, on balance, it is considered that the public interest in not disclosing the information outweighs the interest of the person concerned in receiving it. Additionally, the right to disclosure of information shall be governed by national legislation.

6. When transmitting data, the transmitting body shall draw attention to the deletion dates to be observed under the law by which it is governed. Regardless of

such dates, personal data which have been transmitted shall be deleted as soon as they are no longer required.

7. The bodies of the Contracting Parties responsible for the implementation of this Agreement shall be obliged to keep records of the transmittal and receipt of personal data and to protect the transmitted personal data effectively against unauthorized access, unauthorized modification and unauthorized release.

Article 17

The rights and obligations of the Contracting Parties arising from the various international agreements which they have concluded, including the obligations of the Federal Republic of Germany arising from its membership in the European Community, shall not be affected by this Agreement.

Article 18

1. This Agreement shall enter into force one month after the date on which the two Contracting Parties have notified each other that the national formalities required for its entry into force have been completed.

2. This Agreement shall remain in force until it is terminated in writing by one of the Contracting Parties. In such case, the Agreement shall cease to have effect six months after receipt of notification of the termination by the other Contracting Party.

DONE at Bonn, on 25 June 1993, in two original copies, each in the German and the Georgian languages, both texts being equally authentic.

For the Government
of the Federal Republic of Germany:

KINKEL

M. CARSTENS

For the Government
of the Republic of Georgia:

CHIKVAIDZE

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD¹ ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE
FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE DE GÉORGIE RELATIF AU TRANSPORT ROU-
TIER INTERNATIONAL

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République de Géorgie,

Souhaitant réglementer et favoriser le transport routier international de voyageurs et de marchandises,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

Le présent Accord réglemente le transport routier international de voyageurs et de marchandises entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Géorgie et le transport en transit par ces Etats, effectué par des entreprises habilitées à exécuter ces transports sur le territoire de leur Etat.

TRANSPORT DE VOYAGEURS

Article 2

1) Le transport de voyageurs au sens du présent Accord est le transport de voyageurs et de leurs bagages effectué par autobus ou autocar pour compte propre ou pour le compte de tiers. Il en est de même pour les trajets à vide effectués dans le cadre de ces services de transport.

2) Les termes « autobus ou autocar » désignent tout véhicule automobile qui, d'après son type de construction et son équipement, est apte et destiné à transporter plus de neuf personnes (y compris le chauffeur).

Article 3

1) Le service régulier est le transport régulier de voyageurs sur une liaison déterminée conformément à des horaires, tarifs et conditions de transport fixés à l'avance et publiés, selon lesquels des voyageurs peuvent monter et descendre à des arrêts fixés à l'avance. Il en est de même pour les services exploités essentiellement comme des services réguliers.

2) Les services réguliers relatifs au trafic d'échange ou de transit nécessitent l'autorisation des autorités compétentes des deux Parties contractantes. L'autorisation est délivrée d'un commun accord conformément à la législation en vigueur de chacune des Parties contractantes. Elle peut être délivrée pour une période allant jusqu'à cinq ans.

¹ Entré en vigueur le 7 avril 1994, soit un mois après la date à laquelle les Parties contractantes s'étaient notifié (le 7 mars 1994) l'accomplissement des formalités internes requises, conformément au paragraphe 1 de l'article 18.

3) Les modifications du trajet, des arrêts, des horaires, des tarifs et des conditions de transport nécessitent l'accord préalable des autorités compétentes des deux Parties contractantes. Il en est de même pour l'interruption de l'exploitation.

4) Les demandes d'ouverture d'un service régulier ainsi que les demandes selon le paragraphe 3 doivent être adressées à l'autorité compétente de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'entreprise a son siège. Elles doivent être transmises directement, accompagnées de la décision du Ministère des transports de cette Partie contractante, au Ministère des transports de l'autre Partie contractante;

5) Les demandes visées aux paragraphes 3 et 4 doivent contenir en particulier les indications suivantes :

1. Nom et prénom ou dénomination et adresse complète de l'entreprise requérante;
2. Type de service;
3. Durée demandée de l'autorisation;
4. Période d'exploitation et nombre de trajets (par exemple, journaliers, hebdomadaires);
5. Horaire;
6. Tracé exact (arrêts pour la montée et la descente des voyageurs/autres arrêts/points de passage de la frontière);
7. Longueur de la ligne en kilomètres : aller/retour;
8. Longueur de l'itinéraire quotidien;
9. Périodes de conduite et de repos des chauffeurs;
10. Nombre de places assises des autobus ou autocars qui seront mis en service;
11. Tarifs et conditions de transport.

Article 4

1) Le service de navette est le service par lequel sont transportés des groupes préalablement constitués de voyageurs pour plusieurs allers et retours à partir du même territoire de départ vers le même territoire de destination. Ces groupes composés de voyageurs qui ont effectué le voyage aller sont ramenés vers le lieu de départ au cours d'un voyage ultérieur. Par territoire de départ et territoire de destination, il faut entendre le lieu où commence le voyage et le lieu où il se termine ainsi que les lieux qui se trouvent dans un rayon de 50 kilomètres. Doivent être inclus, outre le transport, l'hébergement du groupe avec ou sans ravitaillement au lieu de destination et, éventuellement, durant le voyage. Le premier voyage de retour et le dernier voyage de départ dans la série des trajets de navette doivent être des voyages à vide.

2) La qualification d'un service de transport comme service de navette n'est pas modifiée par le fait que des voyageurs effectuent le voyage de retour avec un autre groupe en dérogation au paragraphe 1, avec l'accord des autorités compétentes de la ou des Parties contractantes concernées.

3) Les services de navette nécessitent chacun l'autorisation de l'autorité compétente de l'autre Partie contractante. La demande d'autorisation doit être adressée directement à l'autorité compétente de l'autre Partie contractante. Elle doit être déposée au moins 60 jours avant le début du service.

4) Les demandes d'autorisation d'un service de navette selon le paragraphe 3 doivent mentionner, outre les indications visées au paragraphe 5 de l'article 3, les dates de voyage, le nombre de voyages et des indications concernant le lieu et les hôtels ou autres établissements dans lesquels les voyageurs seront logés pendant leur séjour, ainsi que la durée du séjour.

5) Les principes relatifs à la procédure d'autorisation pour les services de navette, les formulaires d'autorisation et les autorités compétentes seront élaborés par la Commission mixte constituée selon l'article 14.

6) Lors des services de navette visés au paragraphe 1, les entreprises emportent une liste de voyageurs qui sera tamponnée à l'entrée sur le territoire de l'autre Partie contractante par ses autorités frontalières.

Article 5

1) Le service occasionnel est le service qui n'est pas un service régulier au sens du paragraphe 1 de l'article 3 ni un service de navette au sens de l'article 4.

2) Les services occasionnels dans le domaine du trafic d'échange ou de transit ne nécessitent pas d'autorisation lorsqu'il s'agit

a) De trajets effectués au moyen d'un véhicule automobile qui transporte le même groupe de voyageurs sur la totalité de l'itinéraire et les ramène au lieu de départ (voyages aller et retour portes fermées), ou

b) De services consistant à prendre des voyageurs pour le voyage aller et à faire le voyage de retour à vide (voyages de retour à vide), ou

c) De trajets aller à vide effectués pour reprendre et ramener au lieu de départ un groupe de voyageurs qui a été précédemment transporté par la même entreprise au moyen d'un service visé à l'alinéa *b*.

3) Lors des services occasionnels, il est interdit de prendre ou de déposer des voyageurs en cours de route, sauf avec l'autorisation de l'autorité compétente de la Partie contractante concernée.

4) Les services occasionnels qui ne correspondent pas aux dispositions du paragraphe 2 nécessitent dans tous les cas l'autorisation de l'autorité compétente de l'autre Partie contractante. La demande d'autorisation doit être adressée directement à l'autorité compétente de l'autre Partie contractante. Elle doit être déposée au moins six semaines avant le début du service.

5) Les demandes visées au paragraphe 4 doivent contenir en particulier les indications suivantes :

1. Nom et prénom ou dénomination et adresse complète de l'entreprise ainsi que, le cas échéant, de l'organisateur du voyage qui a commandé le transport;
2. Etat dans lequel le groupe de voyageurs a été constitué;
3. Lieu de départ et lieu de destination du voyage;
4. Itinéraire, avec les points de passage de la frontière;
5. Dates des voyages aller et retour;
6. Périodes de conduite et de repos des chauffeurs;
7. Numéros des plaques d'immatriculation et nombre de places assises des autobus ou autocars qui seront mis en service.

6) Les documents de contrôle nécessaires aux services occasionnels qui ne requièrent pas d'autorisation selon le paragraphe 2 seront convenus au sein de la Commission mixte constituée selon l'article 14.

Article 6

Les autorisations délivrées conformément au paragraphe 2 de l'article 3, au paragraphe 3 de l'article 4 et aux paragraphes 3 et 4 de l'article 5 ne peuvent être utilisées que par l'entreprise à laquelle elles ont été délivrées. Elles ne peuvent ni être transférées à une autre entreprise ni, en cas de service occasionnel, servir pour d'autres véhicules que ceux qui sont indiqués dans l'autorisation. Dans le cadre d'un service régulier, le transporteur auquel l'autorisation a été délivrée peut employer des sous-traitants des deux Parties contractantes. Ces sous-traitants n'ont pas besoin d'être nommés dans l'autorisation mais doivent avoir sur eux un exemplaire officiel de l'autorisation.

TRANSPORT DE MARCHANDISES

Article 7

Pour les transports routiers de marchandises entre le territoire où le véhicule utilisé est immatriculé et le territoire de l'autre Partie contractante (trafic d'échange) ainsi que pour le transit par le territoire de l'une des Parties contractantes, il faut une autorisation de l'autorité contractante de cette Partie contractante.

Article 8

1) L'autorisation est délivrée à l'entreprise. Elle ne vaut que pour elle et n'est pas transférable.

2) Il faut une autorisation pour chaque camion et chaque tracteur. Cette autorisation vaut aussi pour la remorque ou la semi-remorque attelée, quel que soit son lieu d'immatriculation.

3) L'autorisation est valable, dans le trafic d'échange et de transit, pour un nombre quelconque de trajets pendant la période qui y est mentionnée (autorisation temporelle) ou pour un ou plusieurs trajets aller et retour pendant la période indiquée dans l'autorisation (autorisation de trajets).

4) Les transports entre le territoire de l'autre Partie contractante et un Etat tiers ne sont admis que lorsque, à cette occasion, le territoire dans lequel le véhicule est immatriculé est traversé sur le chemin habituel ou que des autorisations spécifiques ont été délivrées.

5) L'autorisation ne donne pas le droit de transporter des marchandises entre deux lieux situés sur le territoire de l'autre Etat.

6) Les transports de marchandises prévus conformément au présent Accord requièrent des documents de fret dont la forme doit correspondre aux modèles internationaux habituels.

Article 9

- 1) Aucune autorisation n'est requise pour le transport des éléments suivants :
1. Objets ou matériel destinés exclusivement à la publicité ou à l'enseignement dans le domaine du trafic d'échange ou de transit (par exemple les marchandises destinées aux foires et expositions);

2. Appareils et accessoires destinés à des manifestations théâtrales, musicales, cinématographiques, sportives et de cirque, ainsi qu'à des enregistrements radiophoniques ou à des prises de vue pour le cinéma ou la télévision dans le domaine du trafic d'échange ou de transit;
 3. Véhicules endommagés (rapatriement);
 4. Dépouilles mortelles;
 5. Médicaments, appareils et équipements médicaux et autres marchandises destinées aux secours en cas d'urgence (notamment les catastrophes naturelles).
- 2) La Commission mixte constituée conformément à l'article 14 peut dispenser d'autorisation d'autres transports.

Article 10

- 1) Les autorisations nécessaires aux entreprises de la République de Géorgie sont délivrées par le Ministère fédéral des transports de la République fédérale d'Allemagne et remises à l'autorité compétente de la République de Géorgie.
- 2) Les autorisations nécessaires aux entreprises de la République fédérale d'Allemagne sont délivrées par le Ministère des transports de la République de Géorgie et remises par le Ministère fédéral des transports de la République fédérale d'Allemagne ou les autorités mandatées par lui.

Article 11

- 1) La Commission mixte constituée conformément à l'article 14 fixe le nombre nécessaire d'autorisations à mettre chaque année à la disposition de chacune des Parties contractantes en tenant compte du commerce extérieur et du trafic de transit. Le nombre convenu d'autorisations peut, en cas de besoin, être modifié avec l'accord des deux Parties.
- 2) Le contenu et la forme des autorisations sont déterminés par la Commission mixte.

DISPOSITIONS GÉNÉRALES

Article 12

Les autorisations, documents de contrôle et autres documents de transport requis doivent être emportés par les chauffeurs lors de tous les trajets visés par le présent Accord, être présentés sur demande aux représentants des autorités de contrôle compétentes et être remis pour vérification.

Article 13

- 1) Les entreprises sont tenues de respecter les dispositions de la législation sur la circulation et les véhicules en vigueur sur le territoire de l'autre Partie contractante ainsi que la réglementation douanière en vigueur.
- 2) En cas d'infraction grave ou répétée d'une entreprise ou de son équipage à la législation en vigueur sur le territoire de l'autre Partie contractante ou aux dispositions du présent Accord, les autorités compétentes de la Partie contractante sur le territoire de laquelle le véhicule est immatriculé prennent l'une des mesures suivantes sur la demande de l'autorité compétente de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'infraction a été commise :

a) Elles adressent à l'entreprise en cause un avertissement lui enjoignant de respecter les dispositions en vigueur;

b) Elles lui interdisent provisoirement d'effectuer des opérations de transport;

c) Elles mettent fin à la délivrance d'autorisations à l'entreprise en cause ou annulent l'autorisation déjà accordée pour toute la durée pendant laquelle l'autorité compétente de l'autre Partie contractante interdit à l'entreprise d'effectuer des opérations de transport.

3) La mesure visée à l'alinéa *b* peut aussi être prise directement par l'autorité compétente de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'infraction a été commise.

4) Les autorités compétentes des Parties contractantes s'informeront mutuellement des mesures prises conformément à leur législation intérieure.

Article 14

Les représentants des Parties contractantes constituent une Commission mixte; celle-ci se réunit sur la demande de l'une des Parties contractantes pour garantir l'application en bonne et due forme du présent Accord. En cas de nécessité, elle élabore, avec la participation d'autres organismes compétents, des propositions visant à adapter le présent Accord à l'évolution du trafic et aux modifications de la législation.

Article 15

Les Parties contractantes se notifient mutuellement les autorités compétentes visées aux articles 3, 4, 5, 10 et 13 du présent Accord.

Article 16

Dans la mesure où des renseignements personnels sont transmis au titre du présent Accord et compte tenu de la législation intérieure, les dispositions ci-après s'appliquent :

1. L'utilisation des renseignements par leur destinataire n'est admise qu'aux fins indiquées et aux conditions imposées par l'organisme qui les a transmis;

2. Le destinataire informe, sur sa demande, l'organisme qui a transmis les renseignements de l'utilisation des renseignements transmis et des résultats ainsi obtenus;

3. Les renseignements personnels ne peuvent être transmis qu'à des autorités chargées des poursuites pénales. Leur transmission ultérieure à d'autres organismes ne peut avoir lieu qu'avec l'accord de l'organisme qui les a transmis;

4. L'organisme qui transmet les renseignements est tenu de veiller à leur exactitude ainsi qu'à la nécessité et à l'opportunité de les transmettre au regard de l'objectif visé par la transmission. Il convient de respecter à cet égard les interdictions de transmission en vigueur selon la législation intérieure concernée. S'il se révèle que des renseignements inexacts ou des renseignements qui ne devaient pas être transmis l'ont été, le destinataire doit en être informé sans délai. Il est tenu de procéder à la rectification ou à la destruction des renseignements;

5. L'intéressé doit être informé sur demande des renseignements existant sur sa personne ainsi que de l'objectif prévu de leur utilisation. L'obligation d'information est levée lorsqu'il résulte d'un examen attentif que l'intérêt public de ne

pas communiquer l'information l'emporte sur l'intérêt de l'intéressé à être informé. Pour le reste, le droit d'être informé est régi par la législation intérieure;

6. L'organisme qui transmet les renseignements indique, lors de la transmission, les délais de radiation prescrits par sa législation en vigueur. Indépendamment de ces délais, les renseignements personnels transmis doivent être radiés dès qu'ils ne sont plus nécessaires;

7. Les organismes des Parties contractantes chargés de l'application du présent Accord sont tenues d'inscrire dans un dossier la transmission et la réception des renseignements personnels et de protéger efficacement les renseignements personnels transmis contre un accès non autorisé, une modification non autorisée et une diffusion non autorisée.

Article 17

Le présent Accord n'affecte pas les droits et obligations qui découlent pour les Parties contractantes des accords internationaux conclus par elles, et notamment les obligations qui découlent pour la République fédérale d'Allemagne de son appartenance à la Communauté européenne.

Article 18

1) Le présent Accord entrera en vigueur un mois après la date à laquelle les Parties contractantes se seront notifiées que les conditions intérieures nécessaires à son entrée en vigueur sont remplies.

2) Le présent Accord restera en vigueur jusqu'à ce que l'une des Parties contractantes le dénonce par écrit. En pareil cas, il cessera d'être en vigueur six mois après que la dénonciation sera parvenue à l'autre Partie contractante.

FAIT à Bonn le 25 juin 1993 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et géorgienne, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement
de la République fédérale d'Allemagne :

KINKEL

M. CARSTENS

Pour le Gouvernement
de la République de Géorgie :

TSCHIKWAIDSE
